



Die Trennmur in Bethlehem, die oft auch als „Apartheidsmauer“ bezeichnet wird.

Georg Stein leitet seit 1989 den von ihm gegründeten Heidelberger Palmyra Verlag mit dem Schwerpunkt israelisch-palästinensischer Konflikt sowie das dem Verlag angeschlossene Nahostarchiv. Seit 1973 reist Stein regelmäßig nach Israel/Palästina. Von seiner jüngsten Reise berichtet er hier. Sie fand unmittelbar vor der aktuellen Eskalation der Gewalt in den Palästinensergebieten statt.

Nach Gaza zu gelangen ist für Ausländer nahezu unmöglich; Israelis ist der Besuch dort absolut verboten. Lediglich Diplomaten, Mitarbeiter von internationalen Hilfsorganisationen und – sporadisch – ausländische Journalisten können mit einer Sondererlaubnis des israelischen Innenministeriums das Gebiet besuchen. In meinem Fall erfolgte die Erteilung des „Entry Permit“ über Medico International, eine medizinische Hilfsorganisation, die in Gaza einige humanitäre Projekte betreut.

In Gaza-Stadt lebt Abed Schokry mit seiner Frau und fünf Kindern. Er hat an der TU in Berlin in Ingenieurwissenschaften promoviert, unterrichtet jetzt an einer Uni in Gaza und begleitet gelegentlich deutsche Besucher durch „das größte Freiluftgefängnis der Welt“, wie er sagt. „Da Israel die absolute Kontrolle über nahezu alle Lebensbereiche von uns hat, fühlen wir uns wie in einem Würgegriff. Und in der Tat: Das Leben der Menschen im Gazastreifen, von denen etwa die Hälfte in acht großen Flüchtlingslagern lebt, kann nur als absolut desolat und ausweglos bezeichnet werden. Es herrscht ein Mangel an nahezu allem. Regelmäßigen Strom, sauberes Trinkwasser und geklärte Abwässer gibt es nur sehr unzureichend. Überall türmt sich der Müll – auch direkt am Strand.

Schokry berichtet weiter: „Durch die Wirtschaftsblockade liegt die Arbeitslosigkeit je nach Altersgruppe bei 40 bis 60 Prozent.“ Dies führe zu einer weitreichenden Verarmung der Bevölkerung; 70 Prozent der Menschen hier leben unter der Armutsgrenze. Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt bei etwa 250 Euro, 80 Prozent der Familien sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Gaza gehört zu den ärmsten Regionen der Welt. Schon 2015 kam ein UN-Bericht zu der Schlussfolgerung, dass der Gazastreifen in Zukunft unbewohnt werden

„Die Besatzung nimmt uns die Luft zum Atmen“

Der Heidelberger Verleger Georg Stein besuchte Gaza und Westjordanland. Die Situation im „größten Freiluftgefängnis der Welt“ ist explosiv.

den könnte, falls sich die wirtschaftliche Situation nicht verbessert.

Die katastrophale humanitäre Lage zeigt sich auch in der Gesundheitsfürsorge. „Aus Sicherheitsgründen dürfen zum Beispiel nicht alle Medikamente und technischen Geräte eingeführt werden, sodass wir oft Patienten nicht ausreichend versorgen können“, sagt Dr. Basil von der „Palestine Medical Relief Society“. „Und für jeden Patienten, der in Israel oder im Westjordanland behandelt werden muss, benötigen wir von Israel eine Sondererlaubnis, auf die wir häufig lange warten müssen.“ Dramatisch verschlimmert hat sich die Versorgungslage zudem durch die fünf verheerenden israelischen Militäroperationen gegen Gaza zwischen 2008 und 2021, Offensiven, die ausschließlich der militärischen Machtdemonstration Israels dienten und gegen die Genfer Konventionen beziehungsweise das Kriegsvölkerrecht verstießen. Neben der Zerstörung ganzer Stadtviertel fielen ihnen etwa 4000 Palästinenser zum Opfer – auf israelischer Seite starben circa 40 Personen. 90 Prozent der Kinder im Gazastreifen leiden seither unter Kriegstraumata.

All das erklärt den großen politischen Rückhalt für die radikalislamische Hamas, die 2006 demokratisch gewählt an die



Nahost-Experte Georg Stein in seinem Heidelberger Palmyra-Verlag.

Macht kam und hier seit 2007 regiert. Der Gazastreifen, 1967 im Junikrieg von Israel besetzt, ist bis heute Brennpunkt des palästinensischen Widerstands. Dr. Basim Naim ist zuständig für die auswärtigen Beziehungen der Hamas. Er empfängt seine Gäste in einem „safe house“ – das angeblich sicher vor israelischen Drohnen- und Raketenangriffen ist. Der Chirurg hat in Münster Medizin studiert und erinnert, dass der UN-Teilungsplan für Palästina 1947 auch einen Palästinenserstaat vorgesehen hat. „An diesem Recht halten wir fest. Mit der neuen israelischen Regierung wird es jedoch keine Lösung geben. Wir erwarten das Schlimmste, eine Explosion – es ist nur eine Frage der Zeit“, sagt er.



Gasse im Flüchtlingslager Shati in Gaza.

In Israel brachte die Parlamentswahl vom 1. November eine ultraorthodoxe Regierung ins Amt – so weit rechts und ultranationalistisch wie nie zuvor. Zum blanken Entsetzten für säkulare Israelis. Für sie ist die Riege aus verurteilten, homophoben und rassistischen Politikern ein Albtraum. Und die ersten Gesetzesvorlagen lassen Schlimmes erwarten, vor allem auch für die Palästinenser.

So zeichnet Moshe Zuckermann, Soziologe und emeritierter Professor für Geschichte und Philosophie an der Uni Tel Aviv, ein düsteres Zukunftsszenario. „Das Übelste ist die mittlerweile extreme Klerikalisierung des Landes. Das links-liberale politische Spektrum existiert praktisch nicht mehr.“ Aus Protest gegen den rechtsextremen Trend besteht er auf dem Treffen mit ihm in Tel Aviv. „In das ultraorthodoxe Jerusalem fahre ich nur noch im aller äußersten Notfall.“ Zutiefst bedauert er, dass auch an seiner Uni sehr viele der Studenten mittlerweile „sehr angepasst, nationalistisch und rechts sind“.

Ähnlich negativ ist auch die Einschätzung von Gideon Levy, bekannter Journalist der linksliberalen israelischen Tageszeitung Haaretz und seit vielen Jahren einer der schärfsten Kritiker der israelischen Besatzungspolitik. Besonders düster sieht er die weitere Entwicklung im Konflikt mit den Palästinensern. „Die Annexionspläne der neuen Regierung werden zu noch mehr Gewalt und Eskalation führen“, ist er überzeugt. „Die Zweistaatenlösung ist zudem nun noch unrealistischer. Faktisch sind wir bereits in der Einstaatenrealität angekommen.“ Israel betreibe in den Palästinensergebieten eine Apartheidspolitik. „Ich weiß, dass viele Deutsche mit dieser Bezeichnung ein Problem haben, aber es ist eine Tatsache.“ Bedroht durch die neue Regierung sieht Levy auch die Pressefreiheit. „Es kann durchaus sein, dass es künftig verboten sein wird, Soldaten bei ihren Übergriffen zu fotografieren oder das Militär zu kritisieren.“ Ähnliches sieht er auf das kulturelle Leben zukommen. Kritischen Kultureinrichtungen wie dem hebräisch-arabischen Theater in Jaffa habe man bereits angedroht, die Förderung zu entziehen.

Auch israelische Menschenrechtsorganisationen sehen mit Sorge in die Zukunft. B'Tselem ist die international wohl bekannteste. Seit 1989 dokumentiert die Organisation akribisch Menschenrechtsverletzungen Israels in den besetzten Gebieten, sowohl von Seiten des Militärs als auch der Siedler, deren gewaltsame Übergriffe gegen Palästinenser immer mehr zunehmen – im Jahr 2022 waren es etwa 1500

(zum Vergleich: Die Anzahl der Übergriffe lag in den Jahren zuvor in der Regel bei etwa 800). Roy Yellin, Leiter der PR-Abteilung, erläutert, dass aber auch Menschenrechtsverletzungen auf palästinensischer Seite festgehalten werden. B'Tselem sitzt heute übrigens in einem videoüberwachten, nur mit Zifferncode betretbaren Gebäude in Jerusalem, ohne Klingel oder Firmenschild am Haus. Der Grund: 2020 wurde das alte Büro durch einen Brandanschlag zerstört. „Rechte Hetze gegen uns sind wir gewohnt“, sagt Yellin, „Anfeindungen als Lügner, Landesverräter oder Feinde Israels gehören zu unserem Alltag. Zugenommen haben diese, als wir 2021 unseren Bericht über Israel als Apartheidstaat veröffentlicht haben.“ Andere Menschenrechtsorganisationen berichten über ähnliche Anfeindungen.

Sumaya Farhat-Naser, Aktivistin und bekannte Buchautorin, sieht in der Besatzung das Hauptübel. „Sie nimmt uns unser Land, unser Wasser, unsere Würde, die Luft zum Atmen. Wir haben sie einfach satt – sie muss endlich aufhören“, sagt sie. „Wir wollen endlich Gerechtigkeit und ein Leben ohne Ausgangssperren, Razzien, permanente Menschenrechtsverletzungen und die nahezu täglichen Erschießungen.“ Wer einmal die demütigenden Kontrollen durch das israelische Militär an einem der Hunderten von Checkpoints beobachtet hat und wer von der schikanösen alltäglichen Behördenwillkür und Einschränkung der Bewegungsfreiheit weiß, wird dies nachempfinden können. Allein 2022 wurden vom israelischen Militär über 150 Palästinenser erschossen – die höchste Zahl seit 2005, als die Uno mit der jährlichen Zählung begonnen hat.

Leider sind die Aussichten für eine gerechte und friedliche Lösung des Konflikts momentan eher düster. Umso hoffnungsvoller ist es, dass es noch Versöhnungsprojekte gibt wie die „Combatants for Peace“ (Kämpfer für den Frieden). Der Organisation gehören Palästinenser und Israelis an, die in dem blutigen Konflikt auf brutale Weise Angehörige verloren haben. „Durch persönliche Begegnungen und gemeinsames Gedenken wollen wir den gegenseitigen Hass überwinden und den Kreislauf der Gewalt durchbrechen“, sagt Rana Salman, die palästinensische Vorsitzende der Vereinigung. Ähnlich sieht es auch Suhaila Tarazi, die Verwaltungsdirektorin des Ahli-Arab-Krankenhauses in Gaza. „Wir sollten uns zusammensetzen und eine Lösung finden. Wir müssen Brücken bauen, keine Mauern. Falls uns das nicht gelingt, wird es nur Verlierer geben.“



Friedenstaube des Street-Art-Künstlers Banksy an einer Hauswand in Bethlehem.



Durch einen israelischen Raketenangriff zerstörtes Gebäude in Gaza.

Alle Fotos: G.Stein